



Ressourcen – Respekt – Anerkennung

ZUM BEREICH FRÜHE BILDUNG



**verband binationaler
familien und partnerschaften**



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es freut mich sehr, Ihnen noch am Ende des Jahres eine neue Ausgabe unserer Zeitschrift präsentieren zu können mit vielfältigen Themen aus unserem Verband und mit einem Fokus auf die Frühe Bildung. »Ressourcen – Respekt – Anerkennung«, das wünschen wir uns nicht nur, aber auch ganz besonders, für diesen Bereich.

Frühe Bildung, so heißt es Land auf Land ab, ist bedeutend für einen beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg. Eine gute Bildung hängt eng zusammen mit Teilhabe und gesellschaftlicher Partizipation, stellt Maria Ringler im Einführungstext heraus. Und je früher ein Kind lernt, umso besser sollen seine Erfolge im Bildungsverlauf sein. Auch darüber wird viel geschrieben und geforscht. Doch das Interview mit Herrn Prof. Dr. Radtke von der Goethe-Universität in Frankfurt/Main lässt aufhorchen: die frühkindliche Förderung allein ist nicht die Lösung. Er fordert u. a. Änderungen im Bildungssystem.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes spricht sich für unabhängige Beratungs- und Beschwerdestellen für Schulen und Hochschulen aus, die Betroffenen Ansprache und Unterstützung zugleich bieten. Und Eltern können in Elternnetzwerken lernen, wie sie sich nachhaltig in Schulen für die Belange ihrer Kinder einsetzen können. Frau Prof. Dr. Fischer ist eine profunde Kennerin dieser Materie.

Ressourcen sehen und Anerkennung geben – dies geschieht an verschiedenen Stellen im Verband. Ob im Rahmen der Migrationsberatung, des Vorlesetages, bei der Auswahl geeigneter Kinderliteratur für Schwarze kids oder im Radio Zwischenraum in Leipzig. Stets steht der Mensch bzw. das Kind im Vordergrund mit seinen Anliegen und Bedarfen.

Familiennachzug, ein Klassiker in unserer Themenvielfalt, kommt auch in dieser Ausgabe nicht zu kurz. Diesmal sind wir im Gespräch mit einem Paar über seine persönlichen Erfahrungen und mit einer Wissenschaftlerin über Erkenntnisse ihrer Forschung. Natürlich setzen wir auch auf die neue Bundesregierung, an dieser Stelle Änderungen vorzunehmen – auch wenn dies laut Koalitionsvertrag nicht vorgesehen ist.

Wir freuen uns, dass wir wieder eine Unternehmerin vorstellen können, die ihr Angebot in Köln bereithält. Wir nehmen Sie mit nach Wien zu unserer Konferenz der Binationalen, ecb, und berichten last but not least über die beeindruckende Vorstellung von Angela Davis an der Goethe-Universität in Frankfurt/Main. Sie sehen, wir haben viel Spannendes zu bieten und hoffen, dass auch wieder etwas für Sie dabei ist.

Ihnen und Ihren Familien eine geruhsame Zeit und einen guten Jahreswechsel.

Ihre

Hiltrud Stöcker-Zafari
Bundesgeschäftsführerin



Inhalt

Perspektiven auf Schule und Bildung	4–5
»Frühkindliche Förderung ist nicht die Lösung« Interview mit Prof. Dr. Frank-Olaf Radtke	6–8
Diskriminierung an deutschen Schulen ist an der Tagesordnung – ADS Bericht 2013 Alle holen zwar auf, aber die Unterschiede bleiben	9
Öffnung von Schule durch Elternbeteiligung? Erfahrungen aus dem Elternnetzwerk NRW Prof. Dr. Veronika Fischer	10–13
Stopp für Rassismus in Schulbüchern »Zwischentöne« – Unterrichtsmaterialien Systematisch unterschätzt	14
Jahresbilanz Anerkennungsgesetz	15
Teuer und ohne Erfolgsgarantie – Erfahrungen mit dem Anerkennungsgesetz in der Beratung	16–17
Wir erhalten den Hessischen Integrationspreis 2013	18–19
»Wir hatten uns mehr erhofft...« Kommentar zum Koalitionsvertrag	20–21
»Wir wollten doch nur zusammen leben...«	22–23
10 Jahre Richtlinie des Rates zur Familienzusammenführung	24
Ein Leben in der Warteschleife Einblicke in eine Studie der Universität Nijmegen Interview mit Prof. Betty de Hart	25
Eindrücke aus Wien – ecb Konferenz	26–27
Interview mit einer binationalen Unternehmerin Nicole Deutscher aus Köln	28–29
Radio Zwischenraum, Leipzig	30
Vorlesetag: Bildungssprachliche Kompetenzen in allen Familiensprachen Berichte aus Hannover, Bonn und Bremen	31–33
Freiheit ist ein kontinuierlicher Kampf – Angela Davis, eine Frau zwischen Wissenschaft und Aktivismus Hadija Haruna	34–35
Veranstaltungskalender	36–37
Jubilare/ Impressum	38
Interkultureller Kalender 2014	39



Perspektiven auf Schule und Bildung

Gute Bildung – vom Kindergarten über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zur Weiterbildung – ist der Schlüssel für Teilhabe und gesellschaftliche Partizipation. Bildung sollte jeder und jedem Einzelnen ermöglichen, die eigenen Talente zu entfalten, in ein erfolgreiches Berufsleben einzutreten und sich in der Gesellschaft zu engagieren. Schön formulierte Ziele, denen man nur zustimmen kann. Um sie zu verwirklichen braucht es förderliche Rahmenbedingungen, die Chancengerechtigkeit gewährleisten und einen Aufstieg durch Bildung erst ermöglichen.

Noch nie wurde so viel in Bildung investiert

Der Bildungsbericht 2012 der Bundesregierung konstatiert: Noch nie wurde in Deutschland so viel in Bildung investiert – und es kommt so wenig dabei herum, möchte man unwillkürlich ergänzen. Der Anteil der Ausgaben für Bildung am BIP stieg 2012 auf 7 %¹. Es bleibt dies angesichts der Bedeutung der Bildung für unsere Zukunft als hoch oder niedrig anzusehen, der Beurteilung des Einzelnen überlassen. Die Ausgaben für Bildung teilen sich Bund (2012: 7,3 %), Länder (2012: 80,4 %) und Gemeinden (2012: 22,6 %)² – alle haben in den letzten Jahren dazu gelegt. Es wurde in Programme und Förderung investiert, so hört man von der »Allianz für Bildung«, von »Bündnissen für Bildung«, vom Programm »Lesestart« für die unter 6-Jährigen oder der »Weiterbildungsinitiative Frühpädagogischer Fachkräfte«. Ganztagschulprogramme der Länder werden ebenso wie Förder-, Aufstiegs- und Weiterbildungsstipendien diskutiert. Alles schön und gut! Letztendlich bleibt die Wirkung punktueller Programme und Projekte begrenzt, da nur Einzelne von ihnen profitieren. Wo bleiben die vielen Anderen?

Das System ist starr und selektiert zu früh

Notwendige Strukturveränderungen im System Bildung werden von der Bildungspolitik nicht in den Blick genommen, auch wenn Wissenschaftler/innen hier schon lange dringenden Handlungsbedarf anmahnen. Man scheut sich, das dreigliedrige Schulsystem grundlegend zu reformieren und die frühe Selektion abzubauen. Übergangslösungen werden favorisiert, so gibt es die Hauptschule vielerorts nicht mehr. Man verschiebt hin und her und kommt damit an einer grundlegenden Lösung vorbei. Die föderative Staatsstruktur bestimmt die Verteilung der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten für das Bildungswesen zwischen Bund und Ländern. Die Kompetenz für die allgemeine und damit für die schulische Bildung liegt bei den Ländern. So viele, oft konträre Ländermeinungen zusammen zu bringen, ist herausfordernd, aber unumgänglich für länderübergreifende Lösungen.

Je höher der Status der Eltern, desto erfolgreicher die Bildungskarriere

In Deutschland spielt die soziale Herkunft eine immense Rolle beim Zugang zu höherer Bildung und für einen Bildungserfolg. Kinder aus Arbeiterfamilien haben im Vergleich zu Kindern von Akademikern in Deutschland deutlich geringere Chancen nach der Grundschule ein Gymnasium zu besuchen. Je höher der sozioökonomische Status der Eltern eines Kindes ist, desto höher sind dessen Leistungen.³ Analysen am Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule belegen, dass das schlechtere Abschneiden von Schüler/innen mit Migrationshintergrund zum Großteil auf die soziale Herkunft zurückzu-

¹ www.datenportal.bmbf.de

² dto

³ Chancenspiegel der Bertelsmann Stiftung, 2012

⁴ 9. Lagebericht Bundes-Integrationsbeauftragte 2012

⁵ www.mercator-institut-sprachfoerderung.de/fileadmin/user_upload/Institut_Sprachfoerderung/Mercator-Institut_Qualitaet_Sprachstandsverfahren_Web.pdf

⁶ KMK Erklärung: www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2013/2013-10-10-Gemeinsame_Erklärung-KMK-Migrantenverbaende-Schule-Eltern.pdf

⁷ Migazin vom 20.9.2013

führen ist. Ihre Eltern haben häufiger einen niedrigeren Berufsstatus oder Bildungsabschluss und weniger materielle und kulturelle Güter als deutsche Eltern.⁴

Mehrsprachigkeit spielt keine Rolle

Sprachförderung war und ist das erklärte Ziel zahlreicher Programme, gerade der frühen Förderung, möglichst ausgerichtet auf eine konsequente Förderung der deutschen Sprache. Bundesweit analysiert und ausgewertet wurden die Programme kaum. Aktuell untersuchte das Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache die Qualität von Sprachstandsverfahren im Elementarbereich, die den Sprachförderbedarf der Kinder feststellen. Zu den bundesweit 21 unterschiedlichen Tests, die seit Jahren offiziell im Einsatz sind, kommt die Studie zu folgendem Ergebnis: »Es ist fraglich, ob die Tests den Sprachstand objektiv und valide messen und dabei Mehrsprachigkeit ausreichend berücksichtigen.« Die Studie empfiehlt eine bundesweite Koordinierungsstelle, um die Verfahren länderübergreifend und kontinuierlich weiter zu entwickeln.⁵ Sprachkompetenz im Vokabular des deutschen Schulsystems meint in erster Linie die Schul- und Bildungssprache Deutsch. Mehrsprachigkeit wird in der Regel nicht als Ressource gesehen. Auch die sprachwissenschaftliche Erkenntnis, dass eine durchgängige Sprachförderung in allen Sprachen des Kindes die besten Erfolge erzielt, findet in der Schulpraxis kein Äquivalent.

Elternbeteiligung auf Augenhöhe

Eltern sollen dazu ermutigt werden, ihre Mitwirkungsrechte in der Schule aktiv wahrzunehmen, eine angemessene Vertretung der Eltern mit Migrationshintergrund in den Gremien ist voranzubringen. Unterstützend sollen konkrete Beratungs- und Mitwirkungsangebote für Eltern geschaffen bzw. ausgebaut werden. Das schließt mehrsprachige Angebote ein. So ist es als gemeinsames Ziel einer Erklärung von der Kultusministerkonferenz und den Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund im Oktober dieses Jahres festgehalten. Auch unser Verband war an der Erarbeitung dieser Erklärung beteiligt und hofft auf eine erfolgreiche Umsetzung der geplanten Maßnahmen wie Implementierungskonzepte zur interkulturellen Zusammenarbeit, Angebote der Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte, Informationsveranstaltungen für Eltern.⁶

Umgang mit Heterogenität – ein Muss in der Ausbildung für Lehrkräfte

Soziale Herkunft und kulturelle Vielfalt werden nach wie vor als Hindernis für Bildungserfolg analysiert. Aktuell sollte es vielmehr darum gehen, das Potenzial, das in der Verschiedenheit der Lernenden liegt, zu erkennen. Entsprechend brauchen wir ein neues Leitbild für unser Bildungswesen, das die Heterogenität in den Einrichtungen als Chance wahrnimmt. Dies muss sich auch in der Ausbildung von Lehrer/innen wieder finden. Wir können daher Frau Prof. Dr. Karakaşoğlu nur zustimmen, die in einem Interview zur Frage der Lehrerbildung und zum Umgang mit der Vielfalt der Schüler/innen sagte: »An der Universität Bremen haben wir Modulanteile entwickelt, in denen sich alle Lehramtsstudierende mit dem Umgang

mit Heterogenität in der Schule auseinander setzen müssen. Sie beinhalten Zugänge zum Thema soziale Heterogenität, Leistungsheterogenität, Gender, Altersheterogenität, sprachlich-kulturelle Heterogenität aus Sicht der Interkulturellen Bildung, der Inklusiven Pädagogik und Deutsch als Zweitsprache und verbinden so Inklusion mit interkulturellen und mehrsprachigen Inhalten. Ich würde gerne die Länder davon überzeugen, dass sie sich daran beteiligen, dieses Konzept in der Ausbildung flächendeckend umzusetzen.«⁷

Ein neues Leitbild für das Bildungswesen geht nicht einher ohne eine umfassende interkulturelle Öffnung der Einrichtungen und grundsätzliche Strukturveränderungen im System Bildung. Es ist Zeit für einen Perspektivenwechsel: Vielfalt ist nicht ein Problem, sondern die Ressource der Wissensgesellschaft. Diesen Anforderungen muss sich die Bildungspolitik stellen, eine Herausforderung für die beginnende neue Legislaturperiode. Unser Verband wird dabei auch künftig auf vielfältige Ressourcen wie die Mehrsprachigkeit hinweisen und notwendige Veränderungen einfordern.

Maria Ringler

»Frühkindliche Förderung ist nicht die Lösung«

Statistisch schneiden Schüler mit Migrationshintergrund schlechter ab, als ihre Klassenkameraden. Deshalb sollen mehr Kinder möglichst früh eine Kindertageseinrichtung besuchen und dort gefördert werden. Dieser Lösungsansatz hat sich in Forschung, Politik und Medien durchgesetzt. Im Interview kritisiert der Erziehungswissenschaftler Frank-Olaf Radtke dieses Modell.

Mediendienst: Sie sprechen in Ihrem Essay von einem »Schulversagen in doppelter Hinsicht«. Was meinen Sie damit?

Frank-Olaf Radtke: In der deutschen Diskussion wird im Grunde nur über das Versagen der Schüler geredet, das Versagen der Schule aber bleibt unbeachtet. Obwohl zum Beispiel die viel zitierten PISA-Studien der OECD gar nicht in erster Linie darauf abzielten, die Leistungen der Schüler miteinander zu vergleichen, sondern die Leistungsfähigkeit von verschiedenen Schulsystemen. Das ist hierzulande völlig untergegangen und zugunsten einer Fokussierung auf frühkindliche Förderung und Ganztagsbetrieb erstickt worden.

Wurde PISA also fehlinterpretiert?

In dem Sinne, als die deutsche Politik und mit ihr die Medien versucht haben, zu vermeiden, über das System und seine Leistungsfähigkeit in Bezug auf Integration und Chancengleichheit zu reden: ja. Man scheut sich zum Beispiel davor, das dreigliedrige Schulsystem in Frage zu stellen, weil damit jahrzehntelange Kontroversen in eine neue Runde gehen könnten.

PISA hat auch gezeigt, dass es in Deutschland einen besonders engen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungserfolg gibt. Ist unser Schulsystem ungerecht?

Seit es eine bürgerliche Gesellschaft gibt, geht man davon aus, dass die soziale Stellung eines Menschen über seine individuelle Leistung und damit durch seinen schulischen Erfolg bestimmt werden

soll. Das nennt man das meritokratische Prinzip, also das auf Verdienst beruhende Leistungsprinzip. Entsprechend entstand ein Schulsystem, das auf dem Prinzip der Gleichbehandlung basiert und in dem individuelle Leistung am Ende zu verdienter Ungleichheit führt.

Gleichbehandlung klingt auf den ersten Blick gerecht. Was ist falsch daran?

Kinder sind aufgrund ihrer sozialen Herkunft verschieden und bringen unterschiedliche Lernvoraussetzungen mit. Die Gleichbehandlung zementiert damit paradoxerweise die Ungleichheit. In Deutschland machen wir zudem durch das dreigliedrige Schulsystem nach der Grundschule verschiedenen sozialen Milieus verschiedene Angebote. Nur die unterschiedliche Behandlung unterschiedlicher Schüler, also ein individualisierender Unterricht, könnte helfen, das abzumildern. Dazu müsste die schulische Struktur und Praxis aber radikal verändert werden.

Sie führen den Misserfolg bestimmter Schülergruppen also hauptsächlich auf das System zurück?

Grundsätzlich gibt es dafür zwei unterschiedliche Ansätze: Entweder man geht von Selbstselektion aus, also davon, dass der Misserfolg hauptsächlich mit bestimmten Merkmalen der Eltern und ihrer Kinder zusammenhängt – von Sprache angefangen über Kultur und Sozialisation bis zur Wahl des Bildungsganges. Oder man sagt, Erfolg oder Misserfolg sind ein Ergebnis der Fremdselektion.

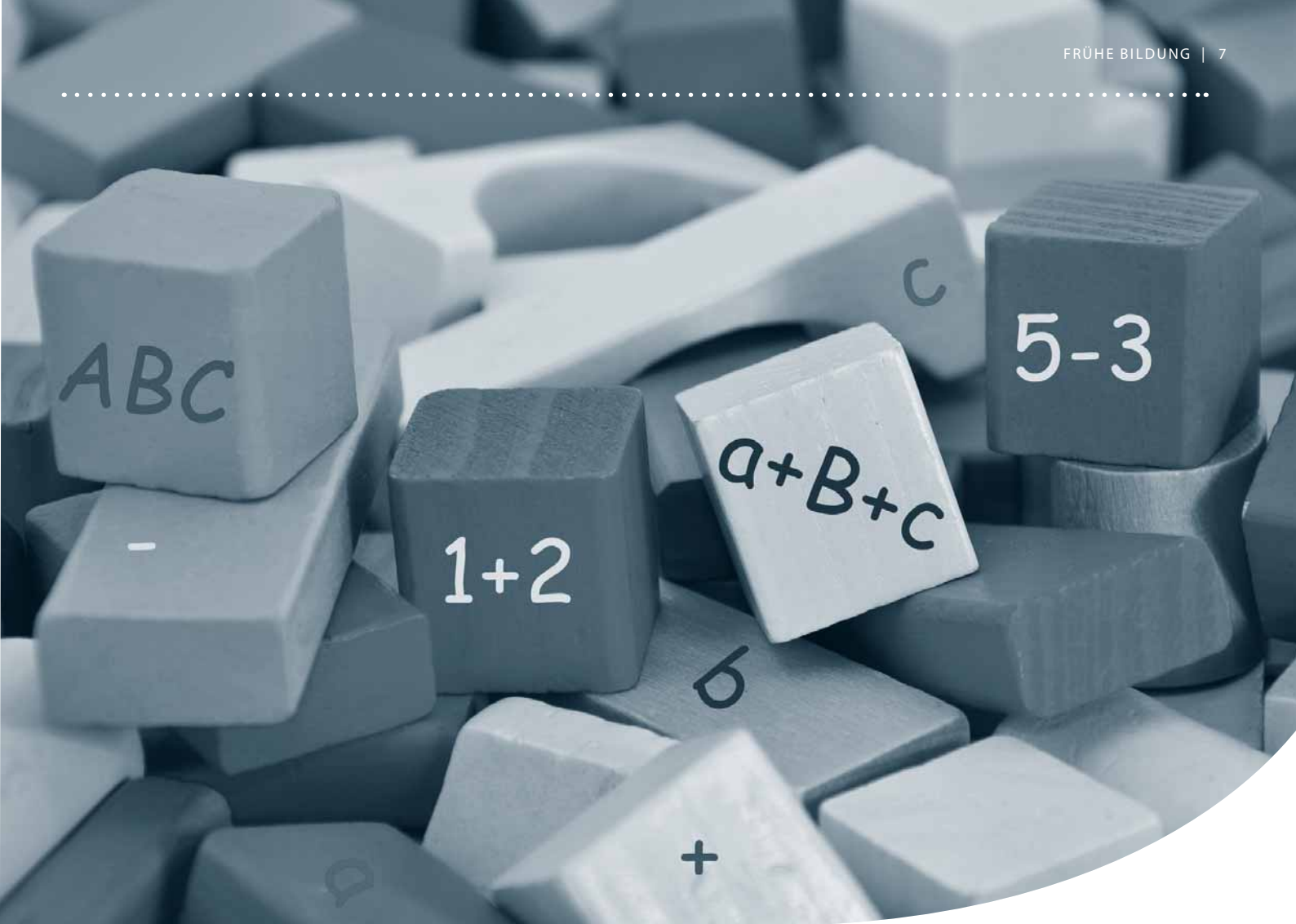
Das deutsche Schulsystem hat also Mechanismen und Barrieren eingebaut, die Kinder aus bestimmten sozialen Milieus nicht überwinden können.

Und was folgt aus diesen beiden unterschiedlichen Ansätzen?

Wenn man von Selbstselektion ausgeht, definiert man »Kinder mit Migrationshintergrund« als Risikogruppe: Sie können die Schulsprache nicht, waren nicht früh oder lange genug im Kindergarten oder haben andere Defizite. Daraus folgt die Idee, diese Mängel durch Frühförderung und andere Maßnahmen ausgleichen zu müssen. Geht man aber eher von Fremdselektion aus, muss man über Selektionspraktiken und Themen wie institutionelle und strukturelle Diskriminierung sprechen. Das ist politisch natürlich sehr viel brisanter und auch schwieriger.

Halten Sie Frühförderung für überflüssig?

Natürlich muss jedes Kind angemessen gefördert werden. Wenn man aus einer anderen Muttersprache kommt und eingeschult wird, muss einem dabei geholfen werden, Deutsch zu lernen. Ich bin aber nicht sicher, ob man die Förderung auf den Kindergarten vorverlagern sollte. Ich glaube, es ist Aufgabe der Schule, den Übergang von der mündlichen in die schriftliche oder von der Familien- in die offizielle Schulsprache zu bewerkstelligen. All das allein führt aber nicht zum Erfolg, wie wir nicht erst seit PISA sondern schon lange wissen.



Woran machen Sie das fest?

Man könnte das »Katholische Arbeitermädchen vom Lande« anführen, das in den 60er und 70er Jahren sozusagen das bildungspolitische Problem symbolisierte. Gelöst wurde es nicht dadurch, dass die Mädchen Förderunterricht bekommen hätten, sondern weil man zusätzliche Plätze an Gymnasien geschaffen, aufs Land gebracht und Bildungswerbung betrieben hat. Man hat also die Struktur des Bildungsangebots verändert. Zudem gab es eine gesellschaftspolitische Entwicklung, die das Rollenbild von Mädchen und Frauen verändert hat. Das ist übrigens eine Analogie: Man wird irgendwann sehen, dass sich nicht viel verändern wird, so lange die Rolle und Bedeutung der Migranten und ihrer Nachkommen nicht neu bestimmt und anerkannt wird.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat kürzlich eine Studie veröffentlicht. Das Ergebnis: Diskriminierung aufgrund der Herkunft gehört zum Alltag in deutschen Schulen. Bietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ausreichenden Schutz, um dagegen vorzugehen?

Im AGG ist zwar recht allgemein auch »Bildung« genannt. Die Bundesregierung hat das Gesetz und damit die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU bisher aber nur partiell umgesetzt, nämlich nur im Zuständigkeitsbereich des Bundes. Bildung ist aber Ländersache. Diese müssten in ihre Schul- und Hochschulgesetze Bestimmungen gegen Diskriminierungen im Bildungsbereich einführen. Bis dato haben aber weder der Bund noch die Länder in Gestalt der Kultusministerkonferenz die Initiative ergriffen, das voranzutreiben. Dass die Antidiskriminierungsstelle auf diese Rechts- und Umsetzungslücke hinge-

wiesen hat, ist sehr verdienstvoll. Ob das Folgen haben wird, bleibt abzuwarten.

Welche Rolle könnte die Wissenschaft dabei spielen?

Die Bildungsforschung hat in den letzten Jahren einen erheblichen Aufschwung genommen. Auffallend ist, dass Selbstselektion die dominante Forschungslinie ist, um die Ursachen für die unterschiedlichen Bildungserfolge von Schülern mit und ohne Migrationshintergrund zu erklären. Sie werden also überwiegend bei den individuellen Merkmalen und Defiziten der Migranten gesucht. Mehrere Untersuchungen zeigen, dass Erklärungsmustern, die sich auf die strukturellen Merkmale des Schulsystems beziehen, so gut wie nicht nachgegangen wird.



Frank-Olaf Radtke

Frank-Olaf Radtke war bis 2011 Professor für Erziehungswissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Zu seinen Schwerpunkten gehören die Themen Erziehung und Migration.

Er ist Autor der Studie »Institutionelle Diskriminierung – Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule« und u. a. Mitglied im Rat für Migration. Zuletzt war er Sachverständiger der Enquêtekommission »Migration und Integration« des Hessischen Landtages.

Wie erklären Sie sich das?

Es hängt mit Theoriepräferenzen zusammen, könnte aber auch methodische Gründe haben. Im Unterschied zu den Merkmalen der Eltern und Kinder sind die Selektionsmechanismen in Organisationen nur schwer zugänglich. Es kann aber auch an der Forschungsförderung liegen, daran, dass bestimmte Forschungsstränge politisch bevorzugt werden. Zwischen den politischen Auftraggebern und den von Drittmitteln abhängigen Forschern dürfte zumindest ein wechselseitiges Erwartungsverhältnis bestehen.

Sie kritisieren, dass auch Journalisten auf diese Linie eingeschwenkt seien und sprechen von einer »Gesinnungsgemeinschaft aus Forschung, Politik und Medien«.

Ich denke, dass wissenschaftliche Ergebnisse, die meist nicht eindeutig sind und unter Vorbehalt stehen, auf Journalisten treffen, die eindeutige Botschaften weitergeben wollen. Plausibel erscheinen Erklärungen, die aus dominanten Forschungslinien stammen und von den meisten für wahr gehalten werden. Andere Forschungsergebnisse werden entweder nicht wahrgenommen oder umgedeutet, weil sie nicht in das gängige Erklärungsmuster passen. Untersuchungen der Leitmedien zeigen, dass nach dem sogenannten PISA-Schock von 2001 über

»Kinder mit Migrationshintergrund« zunehmend im Sinne einer Risikogruppe berichtet wurde, die mit Frühförderung kuriert werden muss.

Wie könnten andere Forschungslinien sichtbarer gemacht und gestärkt werden?

Es ist vielleicht eine etwas steile These, aber ich finde, man kann eine Parallele zum NSU-Desaster ziehen, das als eklatantes Staats- und Medienversagen diskutiert wird. Ich habe den Eindruck, dass auch in der Bildungsforschung nicht »in alle Richtungen ermittelt« wird. Man müsste bei der Forschungsförderung darauf achten, dass auch die Spuren im Bildungssystem verfolgt werden, die für Schule und Politik nicht so angenehm sind. Ein Bildungssystem, das einen von der Herkunft unabhängigen Bildungserfolg nicht garantieren kann, ist in einer modernen Einwanderungsgesellschaft ein Skandal. Ein Skandal, der nicht so ohne weiteres mit ein paar zusätzlichen Förderstunden und Kindergartenplätzen zu erledigen ist.

Interview: Rana Göroğlu, MDI
Mit freundlicher Abdruckerlaubnis des
Mediendienstes Integration (MDI)
www.medien dienst-integration.de

Diskriminierung in deutschen Schulen ist an der Tagesordnung

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) stellt in ihrem Bericht 2013 fest, dass sich ein Viertel der Schüler/innen mit Zuwanderungsgeschichte in der Schule diskriminiert fühlt.

Die Verfasser der dem Bericht zugrundeliegenden Studie »Diskriminierung im vorschulischen und schulischen Bereich« unterscheiden dabei zwischen personenbezogener und institutioneller Diskriminierung. Institutionelle Diskriminierung zeigt sich beispielsweise in der Unterrepräsentation von Kindern aus bildungsfernen Schichten oder Kindern mit Migrationshintergrund in der Kindertagesbetreuung. Gründe hierfür sind u.a. die Kosten für die Betreuung oder auch eine mangelnde interkulturellen Sensibilisierung, wie sie sich beispielsweise in einer ablehnenden Haltung gegenüber Mehrsprachigkeit ausdrückt.

Bisher gibt es kaum Untersuchungen über das Ausmaß und die genaue Wirkung von Diskriminierung in der Schule. Der Bericht liefert hier zahlreiche Anhaltspunkte für Diskriminierung an Grundschulen, weiterführenden Schulen und Förderschulen.

- » So sind beispielsweise Kinder aus Einwandererfamilien stärker von Bildungsdiskriminierung betroffen,

weil ihnen besonders oft ein sonderpädagogischer Förderbedarf zugeschrieben wird.

- » Segregation erfolgt bereits bei der Einschulung, so kann sich bei Kindern in sozial schwachen Wohnvierteln das Fehlen einer gemischten Schülerschaft nachteilig auf die Leistungen auswirken.
- » Auch eine Benachteiligung durch Notengebung wurde durch den Bericht bestätigt. Schlechtere Schulleistungen sind nicht immer auf fehlende Kompetenzen zurückzuführen. Auch diskriminierende Entscheidungspraktiken spielen hier eine Rolle. Es gibt ein »Leistungsgefälle entlang der Trennlinie von sozialer Herkunft, Migrationshintergrund, aber auch Geschlecht«.
- » Es wird zunehmend von Beschwerden über Stereotype und rassistische Vorurteile im Unterricht berichtet, von Rassismus im Schulalltag, der von Lehrkräften oder Schulleitungen ausgeht oder zumindest von diesen nicht problematisiert wird.
- » In der Studie wird resümiert, dass die Schulgesetze der Länder »keinen umfassenden Schutz vor Diskriminierung, der den Anforderungen der

EU-Richtlinien genügt«, gewährleisten und es fehlt an ausdrücklichen Diskriminierungsverboten.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes fordert daher unabhängige Beratungs- und Beschwerdestellen für Schulen und Hochschulen, die Betroffenen leicht zugängliche und schnelle Hilfe anbieten. Zahlreiche Expert/innen halten darüber hinaus eine tief greifende Umstrukturierung des gesamten Bildungssystems für notwendig. Hierzu zählt die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems. Innerhalb einer »Schule für alle« wäre eine selektionsfreie Erziehung und Bildung unabhängig von der Herkunft und der sozioökonomischen Situation der Eltern eher möglich.

Quellen:

www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertise_Diskriminierung_im_vorschulischen_und_schulischen_Bereich.pdf?__blob=publicationFile
www.mediendienst-integration.de/artikel/diskriminierung-im-bildungsbereich-und-arbeitsleben.html

Alle holen zwar auf, aber die Unterschiede bleiben

Die Ergebnisse der vor kurzem vorgestellten internationalen Schulvergleichsstudie Pisa 2012 zeigen, dass die Schüler/innen in Deutschland im internationalen Vergleich aufholen.

Im Jahr 2000 gehörte Deutschland im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit in der Bildung noch zu den am schlechtesten abschneidenden OECD-Ländern. Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schülerleistung hat zwar generell abgenommen und liegt mittlerweile im internationalen Mittel. Dennoch bleibt

festzuhalten, dass Schüler/innen aus einem sozioökonomisch besser gestellten Elternhaus in Mathematik durchschnittlich 43 Punkte mehr erzielten als Schüler/innen aus einem weniger begünstigten Elternhaus. Im OECD-Durchschnitt beträgt die entsprechende Leistungsdifferenz 39 Punkte. Auch Kinder mit Migrationshintergrund schneiden besser ab. Aber 31 % der Kinder mit Migrationshintergrund verfehlen in Mathematik das Grundkompetenzniveau 2. Der Anteil ist damit mehr als doppelt so hoch wie bei Schüler/innen

ohne Migrationshintergrund (14 %). Kinder mit Migrationshintergrund, die ein Gymnasium besuchen, machen heute 29,4 % aus, in 2001 waren es 16,4 %. Trotz aller Verbesserungen bleiben herkunftsorientierte Leistungsbeurteilung und soziale Ungerechtigkeit ein Dauerproblem.

www.pisa.tum.de/fileadmin/w00bgi/www/Berichtband_und_Zusammenfassung_2012/PISA_EBook_ISBN3001.pdf